

Presseerklärung

Frankfurt am Main, 27. Oktober 2017

Masterplan Wohnen Schritt in die richtige Richtung

Forderung der Wohnungswirtschaft aufgegriffen – Schnelle Umsetzung nötig

Der heute von Staatsministerin Priska Hinz vorgestellte „Masterplan Wohnen in Hessen“ ist aus Sicht des Verbands der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft (VdW südwest) ein Schritt in die richtige Richtung. „Wir haben vor knapp einem Jahr erstmals die Erarbeitung eines Masterplans Wohnen vorgeschlagen und freuen uns, dass diese Forderung nun von der Hessischen Landesregierung aufgegriffen wurde“, so Dr. Axel Tausendpfund, Verbandsdirektor des VdW südwest. Nun sei eine rasche Umsetzung notwendig.

Mit den im Masterplan angekündigten Vorhaben ist die Landesregierung aus Sicht des VdW südwest auf dem richtigen Kurs. „Die geplanten Maßnahmen werden aber noch nicht genügen, um für ausreichend bezahlbaren Wohnraum in Hessen zu sorgen“, warnt Tausendpfund. Denn der Bedarf sei riesig: „Allein bis zum Jahr 2020 brauchen wir 37.000 Wohnungen pro Jahr, fertiggestellt werden aber nur rund 20.000. Bis 2040 werden in Hessen sogar mehr als 500.000 Wohnungen zusätzlich benötigt.“

Positiv zu bewerten ist nach Einschätzung des VdW südwest die Fortführung des Kommunalen Investitionsprogramms (KIP) sowie die Erhöhung der Tilgungszuschüsse von zehn auf bis zu 25 Prozent im Bereich der sozialen Wohnraumförderung. Es bleibe jedoch abzuwarten, ob das Gesamtpaket der in Überarbeitung befindlichen Förderbedingungen tatsächlich zu signifikanten Verbesserungen und attraktiveren Konditionen führen wird. Die geplante verbilligte Abgabe von Landesgrundstücken für den sozialen Wohnungsbau sei ein Fortschritt. Gleiches gelte für die Zusage der Hessischen Landesregierung, den sozialen Wohnungsbau auch nach 2019 mindestens im bisherigen Umfang zu fördern. Dann laufen die Kompensationsmittel des Bundes aus. Der VdW südwest begrüßt darüber hinaus die angekündigte Förderung von Gründungsgutachten für neue Genossenschaften und die Förderung zum Ankauf von Genossenschaftsanteilen.

Zwei der wichtigsten Gründe für fehlenden Wohnraum seien der Baulandmangel und die fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung für Bauvorhaben. In diesen Problemfeldern biete der Masterplan kaum neue Lösungsansätze. „Die im Frühjahr aufgelegte „Baulandoffensive“ und die neue verbilligte Abgabe von Landesgrundstücken ist richtig und wichtig. Ohne konkrete Vereinbarungen zwischen Land und Kommunen zum Wohnungsbau wird es in Hessen aber nicht gelingen, den hohen Bedarf an neuen Wohnungen zu befriedigen“, mahnt Tausendpfund. Den Kommunen komme hier eine Schlüsselfunktion zu.

„Mit dem vorgelegten Masterplan ist ein erster Schritt getan, dem nun weitere folgen müssen, um dem Wohnungsbau in Hessen Vorfahrt einzuräumen. Die angekündigten Verbesserungen müssen schnell umgesetzt werden und in einigen Bereichen ist eine Nachjustierung erforderlich“, so Tausendpfunds Fazit. Insbesondere fehlten im Masterplan Maßnahmen, um Genehmigungs- und Bauprozesse zu verschlanken und überflüssige Auflagen zu vermeiden. „Hier besteht nach wie vor erheblicher Verbesserungsbedarf, um das Bauen in Hessen leichter und schneller zu machen“, so Tausendpfund abschließend.

Der VdW südwest vertritt die Interessen von rund 200 privaten und öffentlichen Unternehmen der Wohnungswirtschaft in Hessen und dem südlichen Rheinland-Pfalz mit einem Wohnungsbestand von rund 400.000 Wohnungen. Als selbstständiger Regionalverband mit Sitz in Frankfurt am Main gehört der VdW südwest dem GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., Berlin, an, der insgesamt 3.000 Unternehmen mit Wohnungen für 13 Millionen Menschen in Deutschland vertritt. www.vdwsuedwest.de

Pressekontakt: Detlef Hans Franke, FuP Kommunikations-Management GmbH, Tel.: 069 / 95 43 16 0, Mobil: 0171 / 41 42 811, Fax: 069 / 95 43 16 25, E-Mail: detlef.franke@fup-kommunikation.de
